

Kölnes Stadt anzeiger Montag 18.02.08.

# Misstände im Strafvollzug erlebt

Ex-Justizminister Gerhards berichtet von lang eingeschliffenen Problemen

Abteilungen im Ministerium waren überwiegend mit sich selbst beschäftigt.

VON HEINZ TUTT

**Düsseldorf** - Im nordrhein-westfälischen Strafvollzug haben auch zur Zeit der rot-grünen Landesregierung miserable Zustände geherrscht. Das spiegelte gestern die Vernehmung des früheren Justizministers Wolfgang Gerhards (SPD) wider, der im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufhellung des Foltermordes in der Siegburger Justizvollzugsanstalt im November 2006 aussagte. Der 58-jährige Exminister, jetzt als Anwalt in Frankfurt tätig, schilderte ohne Umschweife Unzulänglichkeiten in der Justiz-Bürokratie, die sich über Jahre eingeschliffen hätten.

Die Regierungsfractionen von CDU und FDP hielten Gerhards vor, dass es auch in seiner Zeit als Minister (2002 bis 2005) eine Vielzahl

von Übergriffen im Jugendstrafvollzug gegeben habe. Damit rannten sie bei ihm indes nur offene Türen ein. Ja, es habe Misstände im Vollzug gegeben, und die damals zuständige Abteilungsleiterin sei überfordert gewesen. Er habe dafür gesorgt, dass ein anderer Beamter die Position kommissarisch übernommen habe. Zudem habe er sein Ministerium beauftragt, eine genaue Analyse zu den bekannten Problemen von Überstunden und Überbelegung in den NRW-Gefängnissen zu erstellen.

## Seilschaften am Werk

Bis zur Amtsübergabe an seine Nachfolgerin, Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU), sei die Analyse allerdings nicht fertig gestellt worden. Gleichwohl habe er seine Nachfolgerin Mitte 2005 umfassend



W. Gerhards

BILD: STEF

über die desolote Lage im Strafvollzug informiert. Gerhards berichtete von Seilschaften innerhalb des Strafvollzugs, von unterschiedlichen Lagern im Führungspersonal, die einerseits auf repressiven Vollzug gesetzt hätten, andererseits auf einen behandlungsorientierten

Strafvollzug. „Den einen wurde Verwahrvollzug vorgeworfen, die anderen waren die Weicheier“, konstatierte Gerhards. Das Vollzugsamt und die Abteilung in seinem Ministerium seien überwiegend mit sich selbst beschäftigt gewesen.

In dieser Situation habe er sich selbst ein Bild verschaffen wollen und beispielsweise unangekündigt Gefängnisse inspiziert. Eine offene Diskussion über Misstände sei allerdings aufgrund der eingefahrenen Situation gescheitert. „Sie können so etwas als Minister nicht anord-

nen. Da muss sich etwas in den Köpfen verändern“, beschrieb Gerhards die damalige Lage. Seine Möglichkeiten seien beschränkt gewesen. „Sie werden das Verbrechen dieser Welt nicht durch einen Ukas des Ministers abschaffen“, bemerkte er.

## Gewaltakte waren üblich

Eine Zunahme von gewaltsamen Übergriffen habe er im Vergleich zu den Vorjahren allerdings nicht bemerkt. Freilich seien Gewaltakte an der Tagesordnung gewesen. „Die sitzen schließlich nicht ein, weil sie Blümchen gepflückt haben.“ Um Übergriffen nachzugehen, habe es im Ministerium eindeutige Zuständigkeiten gegeben. Bei 18 000 Gefangenen könne dem Minister nicht jedem Einzelfall nachgehen. Es habe klare Dienstanweisungen gegeben: Etwa die, dass bei jedem Notruf das Personal die Zelle umgehend kontrollieren muss. Im Siegburger Fall hatten die Wärter die Misshandlungen trotz Notrufs nicht bemerkt.